

## **Russlands Religiöse Renaissance. Von der Gorbatschow-Zeit bis heute**

Sehr geehrte, lieber Herr Präsident Ruppert,  
sehr geehrte Frau Dekanin Alzheimer,  
verehrte Damen und Herren Professorinnen und  
Professoren,

liebe Studierende und Interessierte an der  
heutigen Veranstaltung:

Zunächst darf ich der Universität Bamberg, dem  
Institut für Slavistik, der Fakultät für Geistes-  
und Kulturwissenschaften, dem Senat der  
Universität und Herrn Präsidenten Prof. Dr. Dr.  
Ruppert für die große Ehre danken, mich zum  
Honorarprofessor ernannt zu haben. Frau Prof.  
Dr. Alzheimer danke ich für die Einladung zur  
heutigen Antrittsvorlesung. Herr Prof. Dr.  
Kempgen danke ich für die Einleitung und  
Betreuung des Berufungsverfahrens. Ihm, Frau  
Prof. Dr. von Erdmann und Herrn Prof. Dr.  
Behmer und künftig auch Frau Prof. Dr. Raev  
danke ich für die Betreuung meiner bisherigen  
Lehrangebote. Zu ganz besonderem Dank bin  
ich den Studierenden verpflichtet, die sich in  
interdisziplinärem Verständnis und in einem  
u n g l a u b l i c h e n E n g a g e m e n t d e n  
Osteuropawissenschaften im Bereich Kultur und  
Medien geöffnet haben.

Wenn ich nun heute recht kühn beanspruche,  
über Russlands religiöse Renaissance von der  
Gorbatschow-Zeit bis heute zu sprechen, so  
sehen Sie mir bitte nach, dass ich weder  
Kirchenhistoriker, noch Theologe, noch  
Sozialethiker, noch Staatsrechtler bin. Da gibt es  
wirklich ausgewiesene wie Johannes Oeldemann  
und Thomas Bremer, denen ich – neben anderen  
– viel an Wissen und Einschätzungen zu  
ostkirchlichen Fragen verdanke.

Die Basis meiner Arbeit war immer die  
Publizistik, sei es als Korrespondent in Ost- und  
Südosteuropa oder als Programmdirektor, der  
die Berichterstattung später - gewissermaßen  
vom Schreibtisch - zu verantworten hatte. Aber  
auch die publizistische Arbeit impliziert ebenso  
wie die wissenschaftliche Arbeit das Bemühen  
um einen umfangreichen Wissenshintergrund,  
eine vorurteilsfreie Recherche, die Erforschung  
von Handlungsmotivationen und bei der  
endgültigen Darstellung eine begründete und für  
den Rezipienten nachvollziehbare  
Schlussfolgerung. Ich bitte mir nachzusehen,  
dass ich hier und heute einen Ansatz wähle, den  
ich auch für meine Übungen mit den  
Studierenden gerne verwende: Nämlich der

R ü c k g r i f f a u f S e l b s t e r l e b t e s ,  
Selbstrecherchiertes, da ich in den Jahre 1983 bis  
1989 selbst in der Sowjetunion gelebt habe.

Allerdings habe ich für die Darstellung des  
heutigen Themas auch noch eine ausführliche  
Recherchenreise im vergangenen Sommer  
unternommen habe.

Meine Stationen dabei waren unter anderem:

das Patriarchat der russisch-orthodoxen Kirche,  
das russische Parlament, die Duma,

der Kongress jüdischer, religiöser  
Organisationen,

die Nuntiatur des Vatikans und

die Vertretung der Evangelisch-Lutherischen  
Kirche im Europäischen Russland – alle in  
Moskau;

die Geistliche Akademie,

das Aleksandr-Newskij-Kloster und

die Lehrstühle für Philosophiegeschichte, für  
Religionsphilosophie und für Orientalistik an der  
Universität in St. Petersburg;

das Kloster Walaam und

die Einsiedelei zum Heiligen Nikolai im Ladoga  
See, abschließend noch –

in der Republik Tatarstan –

die muslimische Verwaltung,

die Präsidialverwaltung sowie

die orthodoxe Metropole in der tatarischen  
Hauptstadt Kasan.

Auf diese Begegnungen und Gespräche greife  
ich im Verlaufe meiner Ausführungen immer  
wieder zurück:

Und nun gestatten Sie mir den Einstieg in unser  
heutiges Thema mit einer denkwürdigen  
Beerdigungsfeier auf dem Roten Platz in  
Moskau.

Wir schreiben das Jahr 1985, konkretes Datum:  
Mittwoch, der 13. März:

Staats- und Parteichef Konstantin Ustinowitsch  
Tschernenko wird zu Grabe getragen. Dieser  
Tag sollte zu einer symbolträchtigen Zäsur für  
die Geschichte der Sowjetunion werden. Auf  
dem Leninmausoleum stand sein Nachfolger  
Michail Sergejewitsch Gorbatschow. Er brach bei  
dieser Beerdigungsfeier mit allen starren  
Etiketten der Sowjetunion. Vor ihm, zu Füßen  
des Lenin-Mausoleums, ruhte der offene Sarg  
mit seinem verstorbenen Vorgänger. Doch mit  
nur mit wenigen Ausführungen betrauerte  
Gorbatschow den Tod von Tschernenko. Was  
dann folgte, war ein Schock für die  
Nomenklatura. Gorbatschow wettete in seiner  
ersten öffentlichen Rede als Generalsekretär  
plötzlich über die verlogene, heuchlerische

Gesellschaft im Land. Er schwang die Peitsche weit reichender Drohungen: Lügner müssten bestraft und Nichtstuer zur Arbeit angehalten werden. Glasnost und Perestrojka deuteten sich an. So etwas hatte die Welt bei der Beerdigung eines sowjetischen Parteichefs noch nicht zu hören bekommen. Dies war ein Vorgeschmack auf die Ungeduld, mit der Gorbatschow sein Land zu Reformen drängen sollte.

Der neue Stil brachte noch eine weitere Überraschung. Gorbatschow verweigerte dem Sarg von Tschernenko die letzte Ehre, wie sie seit Lenins Zeiten üblich war. Nicht mehr die Mitglieder des Politbüros, sondern nur noch Offiziere der Armee trugen den Sarg zur Kremlmauer. Dazwischen lag eine Beobachtung, die man als junger Korrespondent nicht mehr vergisst:

Die Witwe von Tschernenko stürzte sich tränenüberströmt auf den offenen Sarg und schlug mehrfach das Kreuz über den Toten, der jahrelang als Chefideologe im Namen der Kommunistischen Partei den wissenschaftlichen Atheismus zu propagieren hatte.

Fast eineinhalb Jahrzehnte später sollte sich Gorbatschow von seiner eigenen verstorbenen Frau am offenen Sarg verabschieden: Mit einer Ikone der Gottesmutter im Sarg, mit Gebetszetteln auf der Stirn der Verstorbenen und mit einer kirchlichen Totenmesse.

Dazwischen lagen Jahre des zeitgeschichtlichen Wandels, wie sie beim Amtsantritt von Michail Gorbatschow niemand für möglich gehalten hatte. Die Rehabilitierung und dann die Renaissance der Religion, die seit Karl Marx, dem ideologischen Vater des Leninismus, in der Sowjetunion als Opium fürs Volk verachtet worden war.

„Die zurückliegenden 74 Jahre der Sowjetmacht stellen ein bisher einmaliges soziales Experiment zur totalen Vernichtung der Religion dar“, schreibt Sergej Filatow, Direktor des Soziologischen Zentrums bei der Moskauer Stiftung für Gesellschaftswissenschaften („Religion in Russland“, in: Russland unter Putin. Der Bürger im Staat. 51. Jahrgangm Heft 2/3 2001, S.130-140, hier S.130).

Natürlich war Russland nie religionslos. Doch die Ausübung der Religion wurde erschwert, bekämpft, verunglimpft. Auf dem Höhepunkt antireligiöser Propaganda unter Stalin wurden Hunderttausende von religiösen Einrichtungen zerstört; er kam zu Massenverhaftungen und Massenhinrichtungen von Gläubigen, Priestern und Ordensleuten - bis Stalin im Großen

Vaterländischen Krieg den Nutzen der Kirche für seine patriotischen Ziele erkannte.

Gestatten Sie mir noch einen kurzen Rückblick, der das zwiespältige Verhältnis zur Religion der Nach-Stalin-Zeit kolportiert. 1955, also dreißig Jahre vor Gorbatschows Amtsantritt, besuchte der damalige deutsche Bundeskanzler Adenauer vom 8. bis 14. September die Sowjetunion. Es ging um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen. Die genauen Wochentage sind wichtig. Denn darunter befand sich ein Wochenende mit einem Sonntag. Adenauer, gläubiger Katholik, bestand darauf, in Moskau eine katholische Messe zu besuchen. Dies wurde arrangiert. Und Adenauer wurde von seinem sowjetischen Begleitschutz zum Gottesdienst geleitet. Was nun folgt, ist nur als Anekdote in der Memoirenliteratur verbürgt, kann sich aber so zugetragen haben. Adenauer also fragte seinen russischen Begleiter:

„Sind Sie nun Christ oder Kommunist?“

Die Antwortet soll gelautet haben:

„Kommunist bin ich praktizierend, aber nicht gläubig.

Als Christ bin ich gläubig, aber nicht praktizierend.“

Auch schon vor dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow unter seinem eigentlichen Förderer Juri Andropow gab es gewissermaßen publizistische Ventile für diesen Widerspruch zwischen Atheismus und Religiosität:

Die satirische Zeitschrift Krokodil veröffentlichte eine Karikatur: Natascha, ein junger Teenager, kniet betend vor der Ikonenecke der elterlichen Wohnung. Der Vater glaubt, seine lebenslustige Tochter nicht wieder zu erkennen.

„Pst...“, macht da die Mutter und meint:

„Natascha betet, damit sie ihre Prüfung in wissenschaftlichem Atheismus besteht.“

Aus dieser Mitte der 1980iger Jahre lade ich Sie zu einem Zeitsprung ein:

Zum russisch-orthodoxen Weihnachtsfest am 6. Januar 2012:

Wladimir Putin besucht seine Heimatstadt St. Petersburg, nur wenige Monate bevor er am 7. Mai 2012 zum dritten Mal das Amt des russischen Staatspräsidenten übernehmen wird. Dieser Zeitpunkt ist wichtig, weil sich auch dahinter der Symbolcharakter seines nun folgenden Auftritts verbirgt, den die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit Datum vom 7. Januar 2012 wie folgt schildert:

Nach dem Gottesdienst in der Verklärungskirche (russisch: Церковь во имя Преображения), in der er als Kind heimlich getauft worden war, erzählte Russlands Regierungschef einige Details seiner Taufe. (Zitat Putin:)

„Für mich ist das eine besondere Kirche. Ich wurde hier etwa sechs Wochen nach der Geburt getauft“, erzählte Putin. Seine Mutter und eine Nachbarin hätten ihn heimlich zur Taufe in die Kirche gebracht, weil sein Vater Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen sei, die jede Form der Religion ablehnte.

Der Priester habe zuerst vorgeschlagen, dem Täufling den Namen Michail zu geben, weil die Taufe an dem Tag stattfand, an dem der Hl. Erzengel Michael geehrt wird, erzählte Putin.

„Doch Mama sagte, dass sie bereits den Namen Wladimir registriert habe.“

Soweit der russische Agenturbericht.

In der dann beginnenden dritten Amtszeit wird Putin immer wieder die Bedeutung der Religion und insbesondere die Bedeutung des Christentums für Russland in den Mittelpunkt seiner Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung des Westens stellen.

Aber auch Michail Gorbatschow hat seine heimliche Taufe publik gemacht. Allerdings erst zu seinem 75. Geburtstag, also fünfzehn Jahre nach seinem Sturz als Staatsoberhaupt der Sowjetunion. In einem Interview mit der BILD-Zeitung (28.2.2006) erzählt der ehemalige Generalsekretär der KPdSU auf die Frage, ob er selbst getauft sei:

„Ja, das war 1931 und eine verrückte Geschichte. In Wirklichkeit hieß ich nämlich gar nicht Michail. Meine Eltern nannten mich Viktor, das war mein richtiger Name. Aber dann schnappten mich meine Großeltern, fuhren mit mir ins Nachbardorf und ließen mich taufen.

Nach altem Bauernbrauch wurde ich dazu in einen Pelzmantel eingewickelt – so was soll später Reichtum bringen. Und als der Priester dann fragte, wie der Junge heißen soll, sagte mein Großvater ‚Michail‘. Seitdem trage ich diesen Namen. Auch meine Tochter Irina wurde heimlich getauft. Als sie so acht, neun Jahre alt war und in den Ferien in meinem Heimatdorf. Da hat sie ihre Oma taufen lassen. Natürlich durfte das damals niemand wissen, schon gar niemand von der Partei.“

Wenn man darüber hinaus in den jüngsten Memoirenband von Gorbatschow schaut (Deutsch unter dem Titel „Alles zu seiner Zeit“ 2013; Russisch: **Наедине с собой. М.** 2012),

entdeckt man einen weiteren Widerspruch der Heimlichkeiten im Leben von Michail Gorbatschow. Er bestätigt, was seine Gattin Raissa einmal im kleinen Kreis vor Journalisten gesagt hatte. Es ging um die Entscheidung, das Amt des Generalsekretärs zu übernehmen. Dazu Gorbatschow wörtlich:

„Am 11. März [1985] kam ich erst um 4 Uhr morgens nach Hause. Raissa hatte auf mich gewartet. Wir gingen in den Garten. Seit wir in Moskau wohnten, hatten wir keine wichtigen Gespräche mehr in der Wohnung und in der Datscha geführt, man konnte ja nie wissen...“ (Zitat Ende)

Im Klartext: der heimlich getaufte Gorbatschow, der dies nicht öffentlich zugeben durfte, befürchtete darüber hinaus, dass er - selbst auf der Stufe zum höchsten Partei- und Staatsamt - abgehört wird.

Diesem Mann und seiner Politik ist es letztlich zu verdanken, dass heute

die russisch-orthodoxe Kirche einen öffentlich wahrnehmbaren Platz in der Gesellschaft einnimmt, dass mehr als zehntausend Kirchen und fast neunhundert orthodoxe Klöster wieder eröffnet oder neu gebaut wurden. Neben der russisch-orthodoxen Kirche haben zahlreiche andere Kirchen und Glaubensgemeinschaften wie Protestanten, Katholiken, Muslime, Juden und Buddhisten in Russland vom Ende des Kommunismus und der erklärten atheistischen Staatsausrichtung in unterschiedlichem Ausmaß profitieren können.

Allerdings ist es heute schwer, konkrete Zahlen über Glaubensaktivitäten vorzulegen. Denn in Russland gibt es keine verpflichtende Registrierung von Gläubigen nach Denominationen. Deshalb beruhen alle Angaben auf unterschiedlichen Befragungen und Selbsteinschätzungen der Glaubensgemeinschaften. Am anerkanntesten ist bei diesen Erhebungen das Lewada-Zentrum, ein Meinungsforschungsinstitut in Moskau (Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Lewada-Zentrum>). Nach dessen jüngsten Veröffentlichungen bekennen sich inzwischen wieder 68 Prozent der Bevölkerung als russisch-orthodox, sieben Prozent als muslimisch. Die Bekennnisse zu anderen Glaubensgemeinschaften bleiben unter einem Prozent. Die Zahl erklärter Atheisten ist auf unter zwanzig Prozent gesunken.

Früheren Erhebungen zufolge sehen zwei Drittel aller Befragten in der Russisch-Orthodoxen Kirche einen „identitätsstiftenden

Faktor“. Und schon vor fünf Jahren wurde festgestellt, dass fast 85 Prozent der Neugeborenen getauft werden. (Jennifer Wasmuth: Politisches und soziales Engagement der orthodoxen Kirche in Russland. In: Ost-West Europäisches Perspektiven 11/1, 2010, S.23-31, hier: S.23.24)

Doch zwischen Bekenntnis und praktiziertem Glauben liegen auch in Russland Unterschiede. Während vor einem halben Jahrzehnt nur gut die Hälfte der Gläubigen sich als „praktizierend“ bezeichnete, sind es nun zwei Drittel (<http://russialist.org/number-of-orthodox-christians-muslims-grows-in-russia-19-are-nonbelieverspoll/>) (abgerufen am 5.1.2014). Wer in regelmäßigen Abständen nach Russland fährt, kann rein intuitiv die wachsende Teilnahme an Gottesdiensten bestätigen.

Zu Sowjetzeiten wurde ausländischen Korrespondenten stets bedeutet, man wolle sich nicht in kirchliche Angelegenheiten einmischen. Kirche und Staat seien getrennt. Deshalb lägen auch keine konkreten Daten über die Anzahl der Gläubigen vor. In Wirklichkeit jedoch überwachte der damalige „Staatliche Rat für religiöse Angelegenheiten“ alle kirchlichen Einrichtungen. Der Geheimdienst KGB hatte alle gesellschaftlichen Bereiche, darunter auch die orthodoxe Kirche, mit Agenten infiltriert und vereinzelt die Bereitschaft kirchlicher Würdenträger zur Zusammenarbeit genutzt. Nach der politischen Wende legte 1992 der Priester Gleb Jakunin, ein Dissident und späterer Abgeordneter, Archivmaterialien vor, aus denen die Klarnamen der KGB-Agenten in der orthodoxen Kirche hervorgingen; ([http://de.wikipedia.org/wiki/Gleb\\_Pawlowitsch\\_Jakunin](http://de.wikipedia.org/wiki/Gleb_Pawlowitsch_Jakunin)).

Dem sowjetischen Staat lagen somit genauere Zahlen über kirchliche Aktivitäten und das Gemeindeleben vor, als er je zugeben wollte. Es gilt heute als gesichert, dass sich in der Zeit der Sowjetunion nicht einmal zwanzig Prozent der Bevölkerung öffentlich zum orthodoxen Christentum bekannt haben. Doch wurden Glaubensgut und Glaubenspraxis in Familien weitergegeben.

Gestatten Sie mir, dass ich Sie jetzt noch einmal mitnehme zurück in die Zeit der Sowjetunion, in die zweite Hälfte der 1980iger Jahre:

Damals veröffentlichte der Staat die ersten konkreten Zahlen zum religiösen Leben in der Sowjetunion. Schon jedes dritte neugeborene Kind in Moskau wurde wieder kirchlich getauft. 1986 hatte der Staat die Registrierpflicht dafür

abgeschafft (Vgl. J. Grotzky, Herausforderung Sowjetunion. Eine Weltmacht sucht ihren Weg. München 1991, 137 ff.). Bis dahin mussten die Eltern den Pass vorlegen, und der „Rat für religiöse Angelegenheiten“ nutzte diese Registrierung, um gläubigen Eltern Schwierigkeiten am Arbeitsplatz zu machen. Deshalb passierte es immer wieder, dass in Vororten von Moskau, die für Ausländer geöffnet waren, Familien mit ihren kleinen Kindern einen Ausländer ansprachen und baten, ihr Kind unter Vorlage des fremden Passes taufen zu lassen, damit sie selbst nicht kompromittiert würden. Unter den bis dahin geltenden Gesetzen war es verboten, auch in Familien Kindern unter 14 Jahren Religionsunterricht zu erteilen.

Umso erstaunlicher war der sichtbare politische Wandel, der sich anlässlich der Tausendjahrfeier der Christianisierung Russlands vollzog. Am 29. April 1988 berichtete das sowjetische Fernsehen in seiner Nachrichtensendung "Wremja" an erster Stelle über ein historisches Treffen im Kreml zwischen dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Michail Gorbatschow, und dem Heiligen Synod - mit Patriarch Pimen I. an der Spitze. Damals machte Gorbatschow zwei denkwürdige Aussagen im Fernsehen:

"Die religiösen Organisationen waren von den tragischen Ereignissen in der Zeit des Personenkultes (gemeint ist die Stalin-Zeit) ebenfalls berührt [...]. Die Fehler, die gegenüber der Kirche und den Gläubigen in den dreißiger wie in den späteren Jahren zugelassen wurden, werden wieder gutgemacht." (zitiert nach J. Grotzky, Herausforderung Sowjetunion. Eine Weltmacht sucht ihren Weg. München 1991, S. 142)

Im weiteren Verlauf seiner Unterhaltung mit dem Heiligen Synod plädierte der atheistische Parteichef für eine Gleichstellung der Gläubigen mit allen anderen Sowjetbürgern:

"Die Gläubigen, das sind sowjetische Menschen, Werktätige, Patrioten, und sie haben das volle Recht, ihre Überzeugung auf würdige Weise auszudrücken."(ebd.)

Am nächsten Tag druckte die Prawda auch noch das Gebet des russisch-orthodoxen Patriarchen ab, mit dem er im Kreml Gottes Segen für die Sache der Perestrojka erflehte. Kurz zuvor hatte der Staat das Danilov-Kloster als Sitz des Patriarchen an die Kirche zurückgegeben. In diesem Kloster waren seit 1917 ein Gefängnis und eine Regenschirm-Fabrik untergebracht

(Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Danilow-Kloster>).

Zwei Wochen nach diesem historischen Treffen im Kreml überraschte das Fernsehen zur besten Sendezeit mit der Übertragung eines geistlichen Konzerts aus dem Bolschoj-Theater, heute dokumentiert im Archiv des ehemaligen sowjetischen Fernsehens. Unter dem Applaus der Menschen im Saal nahm erstmals in der Geschichte der Sowjetunion ein Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche Platz in der Zarenloge. Dazu begleitete ihn das Geläut von Kirchenglocken. Die nächste Sensation kündigte eine Sprecherin an: "Singen werden die Chöre des Sergeius-Dreifaltigkeitsklosters und der Moskauer Geistlichen Akademie, geleitet von Archimandrit Matfej." Dann wurde der Inhalt des ersten Liedes vorgestellt, das aus einer Gottesdienstliturgie stammt mit dem Titel: "Heute unterstellt sich das russische Land dem Herrgott." Der schwere Vorhang der riesigen Bühne hob sich, siebenzig Männer in schwarzen Mönchsgewändern erschienen unter einem riesigen Kreuz mit der Aufschrift: Tausend Jahre Christianisierung Russlands. Der Archimandrit, bekleidet mit den Würdezeichen seines geistlichen Amtes, betrat die Bühne. Das Konzert begann. Viele Besucher fingen an, hemmungslos zu weinen. Den Höhepunkt bildete ein Bittgesang für den Patriarchen und alle Priester und Gläubigen der russisch-orthodoxen Kirche. Zum Abschluss sang der Staatschor aus der Oper "Ein Leben für den Zaren" von Michail Glinka die vielsagenden Zeilen: "Ruhm Dir, heiliges Russland, Du hast bis zum Schluss alles erduldet, doch Dein wahrer Glaube hat dich gerettet."

Jetzt schildere ich Ihnen die Geschichte eines jungen Mannes, der heute eine wichtige kirchliche Rolle in Russland spielt: Es handelt sich um den damals

18-jährigen Witalij Anatoljewitsch Jermakow, der sich auf seinen Militärdienst in der Sowjetarmee vorbereitete. Witalij stammte aus einem kleinen Dorf namens Lushki, fast fünfhundert Kilometer südlich von Moskau. Er hatte sich früh taufen lassen. Auch während seiner Militärzeit bekannte er sich zu seinem Glauben, denn er wollte Geistlicher werden. Am 10. Juni 1988, als das sowjetische Fernsehen das überraschende Konzert übertrug, kam Witalij abends nach Hause und schaltete eher gelangweilt den Fernseher an. Im ersten Moment mochte er seinen Augen und Ohren nicht trauen: Mönche sangen auf der

Bühne des sowjetischen Staatstheaters. Und der Staatschor bejubelte den orthodoxen Glauben. Allmählich wurde ihm klar, was da gerade passierte: die vollständige, gesellschaftliche Rehabilitation der russisch-orthodoxen Kirche. Witalij drehte den Fernseher auf volle Lautstärke, rannte zum Fenster, riss stürmisch alle Fensterflügel auf und schrie in die Nacht hinein: "Wir haben doch gesiegt!" (Von ihm selbst so berichtet, bei einem Gespräch mit dem Autor am 25. Juli 2013)

Heute trägt Witalij einen anderen, einen geistlichen Namen: Amwrossij. Er ist jetzt Bischof (Episkop) der russisch-orthodoxen Kirche und leitet als Rektor die Geistliche Akademie Sankt-Petersburg. Über die damalige Zeit und ihre Folgen urteilt er heute:

"Es ist kein Geheimnis, dass es in der Sowjetzeit keine Möglichkeit gab, unsere theologische Ausbildung weiter zu entwickeln. Wir waren unter diesen Bedingungen wie abgeschnitten und konnten in Russland nur unsere eigenen Sachen machen. In dieser Zeit, in der die theologischen und biblischen Forschungen in anderen Ländern stattfanden, war dies in der Sowjetunion völlig unvorstellbar. Und deswegen müssen wir jetzt die versäumte Zeit nachholen, und wir profitieren von den Erfahrungen und Entwicklungen im Westen, und zwar von der orthodoxen Kirche im Westen wie auch von anderen Kirchen." (Interview am 25. 7. 2013 in der Orthodoxen Geistlichen Akademie, Sankt Petersburg.)

In der Sowjetzeit standen Marxismus-Leninismus und atheistische Propaganda ganz oben auf allen Lehrplänen: in den Schulen, an den Universitäten. Allerdings wurde schon zu Sowjetzeiten dieser Unterricht als lästige Pflichtübung gerne von den Studierenden vernachlässigt.

Viele dieser Lehrstühle für Marxismus-Leninismus und wissenschaftlichen Atheismus sind nun umgewidmet und beschäftigen sich ausgerechnet mit Kultur- und Religionsgeschichte. Darin sieht Bischof Amwrossij einen erheblichen Mangel, wenn er besorgt meint:

"In der Struktur unserer staatlichen Beamten, die sich mit Fragen der Bildung beschäftigen, herrscht immer noch ein starker atheistischer Einfluss und ein großes Maß an Unverständnis für die theologische Bildung, für den Bildungssektor in unserem Land. Das hat natürlich auch Konsequenzen für die theologische Ausbildung in Russland." (ebd.)

Die Integration der theologischen Ausbildung erfolgt seiner Meinung nach nicht so, wie es sich die Kirche vorstellt. Derzeit werden vom russischen Staat die Diplomabschlüsse der kirchlichen Hochschulen ebenso wenig anerkannt wie deren wissenschaftliche Grade und Titel, obwohl sich auch die Geistlichen Akademien umgestellt haben und nun Standards für die Ausbildung zum Bachelor und Master anbieten. Außerhalb der Kirche wurden überdies schon in einigen staatlichen und nicht-staatlichen Hochschulen theologische Lehrstühle eingerichtet. Aber unter allen Lehrinrichtungen der orthodoxen Kirche erhielt nur ein einziges Seminar die staatliche Akkreditierung. Dabei kann sich die orthodoxe Kirche nicht über mangelnde Nachfrage an Priesteramtskandidaten beschweren. Im Gegensatz zu Westeuropa gibt es in Russland kein Problem mit Neuberufungen.

Die schwierigste Etappe auf dem Weg zur Rehabilitierung der Glaubensgemeinschaften nach dem Zerfall der Sowjetunion war 1997 die Neuschaffung eines entsprechenden Gesetzes unter Präsident Boris Jelzin. Der ursprüngliche Gesetzesentwurf richtete sich vor allen Dingen gegen die Missionierung von außen. In der Politik wird gerne von den so genannten nicht-traditionellen Religiösen Gemeinschaften gesprochen. In der Tat kamen vor allem aus Amerika zahlreichen Missionare unterschiedlichen Glaubensrichtungen und aber auch Sekten nach Russland (wie überhaupt in ganz Ost- und Südosteuropa nach dem Fall des Kommunismus: Ruse Bulgarien/Rumänien amerikanische Prediger auf Englisch, Sprache Gottes; dagegen in Albanien Mormonen mit fließendem Albanisch).

Das neue russische Religionsgesetz richtete sich somit gegen diese neue nicht-traditionellen religiöse Vereinigungen und bevorzugte die bisherigen Glaubensgemeinschaften in Russland, darunter vor allem die russisch-orthodoxe Kirche.

Jelzin legte gegen diesen - vor allem von der orthodoxen Kirche favorisierten - Gesetzesentwurf sein Veto ein und fand einen Kompromiss, demzufolge neben den traditionellen Konfessionen Orthodoxie, Islam, Buddhismus und Judentum sämtliche Weltkirchen berücksichtigt wurden. (Die Auseinandersetzung um das Gesetz über die Glaubensfreiheit und die religiösen Vereinigungen sind geschildert bei: Boris Jelzin, Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml.

Berlin 2000, 144 ff.; die Vertreter ausländischer Sekten waren für ihn teilweise "Geschäftemacher und Seelenfänger", über deren Wirken er (ebd.) schreibt: "Sie warben Anhänger unter Studenten und Schülern. In der Folge kam es auch zu Tragödien: Menschen verließen ihre Familien, die Arbeit, ihr Studium, Kinder liefen von zu Hause weg, vagabundierten und erlitten schwere psychische Schäden. Die orthodoxe Kirche appellierte angesichts dieser kriminellen und halbkriminellen Umtriebe an die Regierung, sie solle die in der Verfassung garantierte Glaubensfreiheit einschränken.") In der Jelzin-Zeit kam es zu Massentaufen, während Jelzin selbst vor laufenden Kameras bei einer Besichtigung der Basilus-Kathedrale am Rotem Platz (Museum) erklärte, er sei nicht gläubig, sondern abergläubisch.

Bei seinem Rücktritt als russischer Präsident zum Jahresende 1999 lud Jelzin seinen designierten Nachfolger Wladimir Putin und den russisch-orthodoxen Patriarchen Alexij II. zu einem gemeinsamen Übergabegespräch in den Kreml ein, um als Vermächtnis nach außen ein Bild des „guten Einvernehmens“ von Kirche und Staats zu geben. Der Fachbegriff dafür, Symphonia (griechisch Συμφωνία), stammt aus der Zeit römischen Kaisers Justinian I., dessen Rechtskodifizierung (Codex Justinianus 529) nicht nur das Verhältnis von Kirche und Staat regelte, sondern seit dem Mittelalter als „Corpus Iuris Civilis“ eine Grundlage europäischer Rechtsgeschichte darstellt. Dieser Begriff der Symphonia wurde von der Russisch-Orthodoxen Kirche wieder als das gleichberechtigte Miteinander von Kirche und Staat thematisiert, um damit einer Dominierung durch den Staat, wie seit der Zeit Peter des Großen und den Heiligen Synod, etwas entgegenzusetzen. (vgl. Jeöena W. Beljakowa: Der Begriff „symphonia“ in der russischen Geschichte. In: Ost-West Europäische Perspektiven, 11,2010, Heft 1, S. 16-22)

Putin förderte als Präsident (2000-2008 sowie seit 2012) mit der religiösen Renaissance vor allem die Nationalkirche und deren neue Pilgerstätten, rief aber immer wieder auch zu religiöser Toleranz gegenüber den anderen Glaubensgemeinschaften in Russland auf. Ein Beispiel dieser Renaissance ist das Kloster Walaam, 250 Kilometer nordöstlich von Moskau, das auf einer gleichnamigen Insel im Ladoga-See gelegen ist, unweit der heutigen finnischen Grenze. Daran lässt sich die jüngere Kultur- und

Religionsgeschichte Russlands eindrucksvoll illustrieren.

Im 19. Jahrhundert lebten im Kloster Walaam dreitausend Mönche. Mit der Oktoberrevolution wurde die Insel Teil des unabhängigen finnischen Staates, und das Kloster trennte sich von der russischen Kirche. In jenen Jahren besuchte ein kleiner Junge namens Alexius Rüdiger mit seinen Eltern immer wieder das Kloster. Er war Nachkomme einer deutsch-baltischen Familie, die den orthodoxen Glauben angenommen hatte und in Estland lebte. Im sogenannten Winterkrieg 1940 eroberte die Sowjetmacht diese Region von Finnland zurück und vertrieb alle Mönche. Auch Estland wurde sowjetisch. Die Insel diente als Militärbasis, das Kloster als Offizierskasino. Die Kirchenbauten zerfielen.

Der kleine Junge Alexius Rüdiger aus Estland wurde in der Sowjetunion orthodoxer Priester und stieg am Ende der Gorbatschow-Zeit zum Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche auf. Als Patriarch Alexij II. betrieb er mit Nachdruck die Wiedererrichtung und Neubesiedlung von Kloster Walaam.

Nach dem Kommunismus stieg das Kloster zu einem prominenten Wallfahrtsort auf, der Gläubige aus ganz Russland anzieht. Der Aufbau wurde zu einer nationalen Angelegenheit, für die eigens eine Stiftung gegründet wurde, zu deren größten Geldgebern der Energiekonzern Gazprom zählte. An der Außenmauer der Patriarchenresidenz von Walaam leuchten in goldenen Buchstaben die Namen aller Förderer. Zentral und besonders groß hervorgehoben steht dort der Name von Wladimir Putin. Der russische Präsident zeigt sich demonstrativ in allen wichtigen Einrichtungen der russisch-orthodoxen Kirche, seine Fotos werden dort und auf den dazugehörigen Webseiten ausgestellt. Er verbindet die Rolle der Orthodoxie für die Wiedergeburt der nationalen Identität und die kirchlichen Moralvorstellungen mit Prinzipien seiner Politik. Dies wurde bei einem Gespräch mit Metropolit Hilarion Alfejew deutlich, dem Leiter des Außenamtes des russisch-orthodoxen Patriarchats und Metropoliten von Wolokolamsk (Interview am 22.7.2013 im Moskauer Patriarchat im Danilov-Kloster, Moskau). Hilarion ist ein hochgebildeter Theologe mit Promotionen in Oxford und Paris, sowie Habilitation und Professur an der Universität Fribourg. Überdies war er sechs Jahre lang orthodoxer Bischof in Wien. Der jetzt 48-Jährige hatte zuvor Geige, Klavier und

Komposition studiert, komponiert bis heute und hat überdies dreißig Bücher veröffentlicht, die in zahlreiche Sprachen übersetzt wurden. Er gilt vielen als inzwischen als einer der wichtigsten Köpfe der orthodoxen Weltkirche. Um so bedeutenden sind seine auch politischen Stellungnahmen, die wiederum die Symphonia mit dem russischen Staats bezeugen.

Zwei Kritikpunkte führt Hilarion gegen die Haltung des Westens an, die ebenso auch von staatlicher Seite formuliert werden:

Es geht erstens darum, dass der Westen im Gegensatz zu Russland tatenlos der Christenverfolgung im Nahen Osten zuschaut. In Syrien würden die Christen dort vertrieben, wo Aufständische an die Macht kämen. Im Irak unter Saddam Hussein hätten eineinhalb Millionen Christen gelebt, die nun auf ein Zehntel reduziert seien. In Libyen seien praktisch keine Christen mehr zurückgeblieben, und in Ägypten sei eine Massenauswanderung der christlichen Bevölkerung zu beobachten. So habe der sogenannte Arabische Frühling nicht Demokratie, sondern Chaos gebracht. Es sei aber Aufgabe der westlichen Staaten, in dieser Lage die Christen im Nahen Osten zu schützen.

Ein zweiter Punkt ist die Debatte um gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. In diesem Punkt sieht Metropolit Hilarion zwar eine gemeinschaftliche Haltung mit der römisch-katholischen Kirche, nicht aber mehr mit den liberalen Kräften der lutherischen Kirche in Deutschland. Die Gleichstellung solcher Partnerschaften zerstöre nach Ansicht seiner Kirche die Einrichtung der Familie, werde zu einer demographischen Krise und letztlich zum Aussterben der europäischen Völker führen. "Wir halten diese Politik für kriminell und selbstmörderisch. Und das formulieren wir ganz offen" (ebd.), bekräftigte Metropolit Hilarion wörtlich.

Diese Haltung spiegelt auch einen großen gesellschaftlichen Konsens in Russland wider und findet seinen gesetzlichen Niederschlag im Verbot der Propaganda gleichgeschlechtlicher Beziehungen gegenüber Minderjährigen sowie der Ausweitung des Adoptionsverbotes russischer Kinder von Bürgern jener Staaten, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften gesetzlich geregelt haben.

In den Dokumenten der „Sozialen Verantwortung“ hat die Russisch-Orthodoxe Kirche jedoch auch die Grenzen festgelegt, die sie gegenüber dem Staats zieht. Hierbei richtet sich die Orthodoxe Kirche nicht nur an den

russischen Staat. Denn Metropolit Hilarion bezeichnet die Russische-Orthodoxe Kirche nicht als National-, sondern als Weltkirche. Hier scheint sich ein Wandel anzubahnen. Das Argument: Mit dem Zerfall der Sowjetunion gäbe es russisch-orthodoxe Gemeinden in nahezu allen fünfzehn Nachfolgestaaten, überdies in den USA und China. In einer Predigt, die bei der Wallfahrt zum Andreas-Kreuz vor der Erlöser-Kathedrale in Moskau über riesige Lautsprecher ausgestrahlt wurde (Aufnahme am 23.07.2014), berichtete Patriarch Kyrill über eine China-Reise und seine dortigen Gesprächspartner. Seine Aussagen klingen wie die Vorwegnahme der heutigen Putin-Politik der Annäherung gegenüber China. Wörtlich sagte der Patriarch: „Wir haben darüber gesprochen, dass man in der chinesischen Kultur genau dieselben Werte bewahrt wie in der christlichen Kultur. Das heißt, es gibt ein gemeinsames moralisches Fundament, eine gemeinsame Grundlage für das Leben und das Zusammenwirken. Und ich bin überzeugt, dass in Russland und in China dieses Fundament bewahrt bleibt und dass es eine reale Kraft in der ganzen Welt sein wird, in einer Welt, in der dieses Verständnis zurückkehrt.“ (Zitat Ende).  
Die oben erwähnten „Dokumente der Sozialen Verantwortung“ wurden bereits im Jahr 2000 von der Moskauer Bischofsversammlung verabschiedet und durch sozialethische Dokumente im Jahr 2008 ergänzt. Hier definiert die Russisch-Orthodoxe Kirche auch die Grenze der Gemeinsamkeiten mit dem Staat: „Die Kirche darf nicht Funktionen an sich ziehen, die zum Zuständigkeitsbereich des Staates gehören.... Der Staat darf sich nicht in das Leben der Kirche.... einmischen.“ (Russisch-Orthodoxe Kirche: Die Dokumente der Sozialen Verantwortung. Kirchliches Außenamt des Moskauer Patriarchats. Moskau 2013, S. 25. ). Die Kirche beansprucht sogar, unter bestimmten Bedingungen zum Widerstand gegen den Staat aufzurufen. Zitat: „Wenn die staatliche Macht die orthodoxen Gläubigen zur Abkehr von Christus und Seiner Kirche sowie zur sündhaften, der Seele abträglichen Taten nötigt, so ist die Kirche gehalten, dem Staat den Gehorsam zu verweigern.“ (ebd. S.31) Dieser Fall würde aus Sicht der Kirche eintreten, wenn Russland gleichgeschlechtliche Eheschließungen zuließe.

Das Bekenntnis zur Orthodoxie ist auch für viele ehemalige Kommunisten Ausdruck der nationalen Renaissance. Darüber kann sich

Jaroslaw Nilow, Abgeordneter der oppositionellen nationalistischen Liberaldemokratischen Partei aufregen (Gespräch am 23.7.2013 in der Duma, Moskau). Nilow ist Ausschussvorsitzender für "Gesellschaftliche Vereinigungen und religiöse Organisationen" im russischen Parlament, der Duma. Er wirft der orthodoxen Kirche vor, zu eng mit der Regierungsmacht zusammenzuarbeiten und sogar den Kommunistenführer Gennadi Sjuganow mit der Kerze in der Hand bei kirchlichen Anlässen zu dulden. Hingegen würde - so Nilow - der "einzige Fraktionschef im Parlament, der getaufter Christ und kirchlich getraut ist", von der Orthodoxie geschnitten. Es handelt sich dabei um den LDPR-Chef Wladimir Shirinowskij, der für seine antisemitischen und nationalistischen Ausbrüche bekannt ist, aber mit seiner Partei immer noch fast zwölf Prozent Zustimmung bei Parlamentswahlen erhält. Nun gestatten Sie mir noch einen kurzen Blick weg von der Orthodoxie auf andere Glaubensgemeinschaften:

Von den 2,2 Millionen Juden, die noch Mitte der 70er Jahre in der Sowjetunion gelebt haben, sollen als Folge der Massenauswanderung seit Beginn der Gorbatschow-Zeit nur noch 400 000 übrig geblieben sein.

Auch wenn es heute keinen staatlichen Antisemitismus in Russland mehr gibt, so hat sich nach Meinung von Adolf Schajewitsch, Russlands Haupttrabbiner vom Kongress jüdischer religiöser Organisationen, der Antisemitismus in der Bevölkerung nicht geändert. Der russische Staat hat zwar Grundstücke zurückgegeben und erlaubt auch den Bau neuer Synagogen. Doch große Teile des jüdischen Eigentums und der größte Teil der Synagogen waren in der Sowjetzeit vernichtet worden. Heute hat der Exodus der jüdischen Gemeinden noch ein rechtliches Nachspiel. Eigens eingerichtete Rabbiner-Gerichte prüfen nachträglich Dokumente, die den Inhaber als Juden ausweisen und dadurch die Auswanderung einerseits und die Eingliederung in die jüdischen Gemeinden in Israel, USA, Deutschland, Kanada oder Australien andererseits erlaubt haben. Im Rückblick bestätigt der Haupttrabbiner den damaligen Missbrauch und sagt wörtlich:

"Leider gab es Geschäftemacher, die gut davon lebten, dass sie mit Blankoformularen und gefälschten Stempeln beliebigen Personen eine Bescheinigung ausstellten und bestätigten, sie seien Juden. Und die sind damit damals aus der

Sowjetunion ausgereist." (Interview am 22.7.2013 in der Hauptsynagoge (Choral-Synagoge), Moskau)

Während das Schicksal der russischen Juden im Westen aufmerksam verfolgt wurde, hat man sich selten klar gemacht, dass auch im heutigen Russland die - nach der orthodoxen Kirche - zweitgrößte Religionsgemeinschaft die Muslime sind.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Eigenstaatlichkeit der überwiegend muslimischen Republiken in Zentralasien leben in der heutigen Russländischen Föderation bei einer Gesamtbevölkerung von 143 Millionen etwa 14 Millionen Muslime, der größte Teil davon in der Republik Tatarstan und im Nordkaukasus. In der Sowjetunion vor dem Zerfall gab es 40 Millionen Muslime bei einer Gesamtbevölkerung von 286 Millionen.

Während der Tschetschenienkrieg im Nordkaukasus das Verhältnis vieler Russen zum Islam negativ beeinflusst hat, wird als positives Modell religiöser Toleranz das Verhältnis von Islam und Orthodoxie in Kasan, der Hauptstadt der Republik Tatarstan, vorgeführt. Die Tataren bilden mit einer Bevölkerung von sechs Millionen die größte nationale Minderheit im heutigen Vielvölkerstaat der Russländischen Föderation. Nur ein Drittel von ihnen lebt in Tatarstan. Dort jedoch stellen sie die Bevölkerungsmehrheit. Wer heute Kasan besucht, wird zunächst vom Kreml überwältigt sein. Von Ivan IV. ("der Schreckliche") erobert, sollte dort die Orthodoxie den Islam verdrängen. Heute steht dort neben dem herrschaftlichen Präsidentenpalast und der Maria-Verkündigungskathedrale die neu erbaute Kul-Scharif-Moschee, die zweitgrößte Moschee Russlands, die 2005 eingeweiht wurde. Vor fünf Jahren gab es nur fünf Moscheen in Tatarstan. Jetzt sind es bereits 70. Nun folgt der Aufbau einer eigenen Islam-Akademie, damit die einheimischen Studenten nicht mehr im Ausland studieren müssen.

Im April 2013 wurde in Kasan der erst 28-jährige Kamil Samigullin zum Großmufti gewählt, nachdem sein Vorgänger bei einem Attentat schwer verletzt worden war und auf sein Amt verzichtet hatte. Dies ist einer der Hinweise dafür, dass es auch im toleranten Tatarstan zur Radikalisierung unter Muslimen gekommen ist. Einen zweiten Hinweis darauf gibt der junge Großmufti selbst, als er davon berichtet, dass alle Islamstudenten, die im Ausland studieren, regelmäßig zu

Kontrollgesprächen zurück nach Tatarstan gerufen werden:

"Wir wissen, wer und wo aus unserer Republik Islam studiert. Wir fühlen uns für sie verantwortlich und wir wissen, wer woher zurückkommt. So haben wir sie ständig unter Kontrolle." (Gespräch am 24.7.2013 in der Geistlichen Verwaltung der Muslime Tatarstans, Kasan.)

In Tatarstan, so der Großmufti, sei nur die hanafitische Richtung des Islam erlaubt. Um sich gegen andere Islam-Schulen behaupten zu können, werde jetzt eine Zeitschrift in tatarischer Sprache mit der offiziellen Lehrmeinung der geistlichen Verwaltung herausgegeben. In dieser Zeitschrift wird auch die Wochenpredigt abgedruckt, die für alle Imame in der Republik verbindlich ist und wörtlich in den Moscheen verlesen werden muss. Damit sollen abweichende Interpretationen vermieden werden. Unruhen und Anschläge vor allem im Jahr 2012 bestätigt der Großmufti und behauptet, dass inzwischen keine radikalen Imame mehr von der geistlichen Verwaltung beschäftigt würden. Unklar blieb dabei, ob solche radikalen Kräfte sich in "private" Gebetshäuser zurückgezogen haben, wie man es im Nordkaukasus beobachten konnte. Doch das Toleranzgebot gegenüber den anderen Religionen wird vom Großmufti in Kasan ausdrücklich unterstrichen.

Auch der orthodoxe Metropolit Anastassij von Kasan beschwört die tolerante Gemeinschaft mit den Muslimen (Gespräch am 24.7.2013 im Gemeindezentrum der Metropole, Kasan.), bestätigt jedoch, dass es außer gesellschaftlichen Kontakten keine Gesprächskontakte in Glaubensfragen mit dem Großmufti gäbe. Besonders stolz ist der Metropolit, dass seine Kathedrale nun wieder eines der wichtigsten Heiligtümer Russlands beherbergt, die Kasaner Madonna, die auch schon Präsident Putin besucht hat (Vgl. die Homepage der Metropole: [www.kazan-mitropolia.ru/](http://www.kazan-mitropolia.ru/)).

Die Geschichte dieser Ikone hängt eng mit dem Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche zusammen. Denn nach der Revolution tauchte das Gnadenbild im Westen auf dem Kunstmarkt auf, wurde von katholischen Interessenten gekauft, in Fatima aufbewahrt und später an den damaligen Papst Johannes Paul II. übergeben. Der polnische Papst, dessen größter Wunsch es war, einmal Russland zu besuchen, bot an, die Ikone selbst zurückzubringen. Auf einer geplanten, dann aber abgesagten Papst-Reise in

die Mongolei im April 2003 sollte das Papst-Flugzeug in Kasan zum Tanken zwischenlanden. Bei dieser Gelegenheit wollte Johannes Paul II. die Madonna, zu der er in seinen Gemächern selbst gebetet hat, als Zeichen für die Einheit der Christen persönlich übergeben.

Politische Vorbehalte der orthodoxen Kirche gegen mögliche missionarische Absichten der römisch-katholischen Kirche, die gerne mit dem Schlagwort Synkretismus bezeichnet werden, ließen diesen Schritt nicht zu. Doch ein Jahr später konnte Kurienkardinal Walter Kasper in seiner Eigenschaft als damaliger Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen das Gnadenbild der Kasaner Madonna bei einer Feier im Moskauer Kreml dem damaligen russisch-orthodoxen Patriarchen Alexij II. übergeben. Seither gilt die Ikone in Russland vielen als Zeichen der Verbindung zur römischen Kirche. Dies bestätigte auch der Päpstliche Nuntius in Moskau, Erzbischof Ivan Jurkovic (Gespräch am 23.7.2013 in der Apostolischen Nuntiatur, Moskau; vgl. [www.nuntius.ru/](http://www.nuntius.ru/)), ein Slowene, der bereits drei Jahre als Nuntius in Weißrussland und dann sieben Jahre als Nuntius in der Ukraine verbracht hat und seit 2011 in Moskau eingesetzt ist. Seiner Meinung nach hat der Dialog der katholischen Kirche mit der Orthodoxie und Russland eine sehr hohe Priorität, auch unter dem neuen Papst Franziskus. Auch der letzte Besuch von Präsident Putin im Vatikan zeugt von diesem beiderseitigen Interesse, was von russischer Seite besonders mit dem Gleichklang von staatlicher und kirchlicher Moral betont wird. Nur wenige werden bemerkt haben, dass Präsident Putin für seinen Besuch den 25. November 2013 gewählt hat, just jener Tag, an dem Nikita Chruschtschow 1961 dem damaligen Papst Johannes XXIII. zum 80. Geburtstag gratuliert hatte - damals Anzeichen eines Tauwetters zwischen der kommunistischen Sowjetführung und dem Vatikan. Damit setzte Putin eine Tradition fort, die mit Gorbatschow begann und seither zu Begegnungen zwischen allen russischen Präsidenten und den jeweils amtierenden Päpsten geführt hat:

Michail Gorbatschow und Johannes Paul II. am 8. Dezember 1989,  
Boris Jelzin und Johannes Paul II. am 10. Februar 1991,  
Wladimir Putin und Benedikt XVI. am 17. Mai 2010,  
Dmitri Medwedew und Benedikt XVI. am 16. Februar 2011,

Wladimir Putin und Franziskus am 25. November 2013.

Bei einem Treffen in München am 24. Februar 2011 schilderte Gorbatschow dem Autor spontan, dass er mit Johannes Paul II. einen regelmäßigen Briefwechsel geführt und von ihm in der Zeit seiner größten politischen Herausforderungen wertvolle Ratschläge erhalten habe.

Verstärkt argumentieren in den letzten Jahren Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche im Gleichklang mit politischen Kräften damit, dass in Europa eine Massenabkehr von der Kirche und eine "Entchristianisierung" zu beobachten sei, während in Russland genau das Gegenteil passiere (Radiosender Stimme Russlands: <http://german.ruvr.ru/2011/05/05/49895044/> (abgerufen am 5.1.2014)). Insofern sehen sich Orthodoxie und politische Führung Russlands durch die Haltung des jetzigen Papstes Franziskus in moralisch-ethischen Fragen als Verbündete, während das Verhältnis zu den Lutheranern im eigenen Land eher etwas spröder ist. Dietrich Brauer, in Wladiwostok geborener Sohn einer russlanddeutschen Familie, wurde mit 28 Jahren zum Bischof für die evangelisch-lutherische Kirche im europäischen Russland gewählt. Sein Theologiestudium absolvierte er am evangelisch-lutherischen Seminar in Nowosaratowka bei St. Petersburg (30). Nach der Auswanderung der meisten deutschstämmigen Russen bereitet er sich auf eine Umstrukturierung der evangelisch-lutherischen Kirche in Russland vor. In Moskau experimentiert er mit der sogenannten City Church, einer Vereinigung englisch-, französisch-, deutsch- und russischsprachiger lutherischer Gemeinden. Darüber hinaus wenden sich immer mehr Russen den lutherischen Gemeinden zu.

Brauer wägt sorgsam seine Worte ab, wenn er den aktuellen Zustand der Beziehungen von Kirche und Staat aus seiner Erfahrung beschreibt (Gespräch am 23.7.2013 in einem Privatlokal, Moskau). Es gebe zwar keine direkte Verfolgung mehr, aber es bestünden so viele Einschränkungen und so viele Probleme, sodass man kaum Zeit habe, als Kirche normal zu leben. Hürden, die für ihn fast unüberwindbar scheinen, sind die 2013 gesetzlich neu eingeführten Kontrollen der Nicht-Regierungsorganisationen. Obwohl die evangelisch-lutherische Kirche eigentlich keine solche Organisation sei, habe man ohne vorherige Ankündigungen zahlreiche

Gemeinden aufgrund dieser Gesetzeslage überprüft:

"Wir werden immer wieder stark kontrolliert, was wir tun, was wir für Finanzen von außen bekommen, was wir vermieten, was wir anmieten, was wir predigen. Natürlich fühlen wir uns da im falschen Theater." (ebd.)

Doch auch die evangelisch-lutherische Kirche hat Gotteshäuser zurückgehalten, wie die Petri-Kirche am Newskij-Prospekt in St. Petersburg. Deren letzte zwei Pastoren, Vater und Sohn, wurden im November 1937 verhaftet, die Kirche selbst am Heiligabend 1937 vom Staat geschlossen. Am 3. Januar 1938 wurden die beiden Geistlichen in der Nähe von Moskau erschossen. Die Kirche selbst wurde zu einem Schwimmbad umgebaut, was man dem restaurierten Innenraum auch heute noch ansieht. Der deutsche Pfarrer Hans Kerch war für eine Übergangszeit nach St. Petersburg entsandt, um die Petri-Gemeinde zu betreuen. Auch er bestätigt das Interesse erwachsener Russen an der lutherischen Kirche, von denen er selbst mehrere im Alter zwischen 25 und 52 Jahren auf die Konfirmation vorbereitet hat. Für ihn ist schon jetzt absehbar, dass die lutherische Kirche "in zehn Jahren eine vorwiegend russisch geprägte Kirche sein wird." (Gespräch am 26.7.2013 im Gemeindezentrum der Petri-Kirche, St. Petersburg.)

Wer sich eingehender mit dem heutigen Russland befasst wird nicht umhin können, den Buddhismus lamaistischer Prägung in Burjatien, Schamanentum bei den nordsibirischen Völkern und zahlreiche Sekten zu entdecken, die alle ihre Wiederbelebung bzw. ihre Entstehung dem Ende des Kommunismus verdanken. Beherrschend jedoch für die Kirchen- und Glaubensfragen, für Kirchenpolitik und das Verhältnis Staat und Kirche bleibt die Russisch-Orthodoxe Kirche, die deshalb in diesem Vortrag so breiten Raum eingenommen hat. Ich danke Ihnen.

